



Rendsburg, den 29.08.2013

Pressemitteilung

Grüne Agrarideologie überschreitet jede Grenze

Werner Schwarz: „Die Grünen grenzen uns Landwirte aus.“

Angesichts der Anwürfe verschiedener Grünen-Politiker gegen die Landwirtschaft beklagt Bauernverbandspräsident Werner Schwarz eine zunehmende Stimmungsmache gegen die Landwirte.

- Wer den Antibiotikaeinsatz im Stall mit dem Drogenhandel gleichsetze (Jürgen Trittin),
- wer fälschlicherweise behaupte, Schweinen in der konventionellen Tierhaltung werde der Rüssel abgeschnitten (Cem Özdemir),
- wer spezielle Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für die Landwirtschaft im Parteiprogramm habe,

der erzeuge eine Stimmung des Misstrauens und der Verfolgung.

Schwarz: „Das, was wir Bauern im Moment erleben, hat es im demokratischen Deutschland noch nicht gegeben: Eine gesamte Berufsgruppe wird aus politisch motivierten Gründen ausgegrenzt.“

Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
k.dahmke@bvsh.net
Telefon 04331/12 77-21 • Fax 04331/2 61 05
Mobil 0171/9727 332

Postanschrift

Postfach 821
24758 Rendsburg
www.bvsh.net

„Wir sind keine Kriminellen, wir sind keine Tierquäler oder Umweltfrevler“, entrüstet sich der Bauernpräsident. Die Landwirte würden ausgegrenzt, obwohl sie sich an geltende Gesetze halten, die in einem demokratisch verfassten Land mehrheitlich beschlossen worden sind. „Es zeugt von einem Demokratiedefizit, wenn man eine hart arbeitende und in der Gesamtheit ehrliche Gruppe unserer Gesellschaft zu gewissenlosen Gewinnmaximierern abstempelt und die Bürger zur Kontrolle der Landwirte um Hilfe ruft“, so Schwarz.

„Wir sind kein Wahlkampffutter der Grünen. Wir lassen uns nicht brandmarken und ausgrenzen“, wehrt sich Schwarz. Wer die Bauern dem parteipolitischen Machtkalkül opfere, der sollte wissen, dass unser Wohlstand, ein lebendiger ländlicher Raum und die beschlossene Energiewende nicht vom Himmel fallen sondern hart erarbeitet sind.

Schwarz warnt: „Die grüne Politik und Polemik verhindert eine so genannte Massentierhaltung nicht, sie fördert sie. Denn jeder bäuerliche Betrieb, der aufgrund grüner Politik dichtmachen muss, wird seine Tore nicht wieder öffnen.“